

Frank Stroh

Pressesprecher

IG Metall Bezirksleitung für Baden Württemberg

Bruchsal, 18.06.2004

Siemensaktionstag Bruchsal

(es gilt das gesprochene Wort)

Sperrfrist: 18.06.2004-13.00 Uhr

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele Unternehmen, und dazu gehört an erster Stelle die Firma Siemens, sehen im Zusammenwachsen Europas und der Globalisierung einen Vorwand, um soziales und ökologisches Dumping zu rechtfertigen.

Sie drohen offen mit der Verlegung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer, wenn Einkommen nicht weiter gesenkt und Arbeitnehmerrechte abgebaut werden.

Wirtschaftswachstum, neue Arbeit und Wohlstand werden aber nicht durch immer unrealistischer werdende Gewinnerwartungen der Konzerne geschaffen, und schon gar nicht mit immer höheren Profiten für Wenige und sozialen Verwerfungen für Viele.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht irgendwelche sogenannten Experten aus wirtschaftswissenschaftlichen Instituten, Arbeitgeberverbänden und der Politik darauf hinweisen, dass in Deutschland viel zu viel verdient und viel zu wenig gearbeitet wird.

Viele Menschen befürchten, dass eine große Zahl von Arbeitsplätzen abwandern könnte und so ihre Existenz gefährdet wird. Wir müssen die Sorgen dieser Menschen ernst nehmen.

Die Antwort, die Wirtschaftsführer wie von Pierer und Politiker wie Stoiber oder Teufel darauf geben, ist so einfach wie unsinnig.

Die deutschen Löhne und Gehälter und Arbeitsbedingungen müssen möglichst auf das polnische oder ungarische Niveau abgesenkt werden, dann sind wir wieder wettbewerbsfähig.

Ein solcher Unterbietungswettbewerb wäre wirtschaftspolitisch der reinste Wahnsinn. Ein breit angelegter Niedriglohnsektor hätte in Deutschland fatale Folgen.

1. Die Qualität bei Produkten und Dienstleistung würde abnehmen. Die Unternehmen würden nur noch um niedrige Löhne und nicht mehr um die besseren Produkte konkurrieren.

2. Den Arbeitgebern würde signalisiert, dass sich langjährige Investitionen in die eigene Belegschaft nicht lohnen. Wer heute an dieser Stelle spart, dem fehlen morgen gut qualifizierte Beschäftigte.

Weder für Deutschland noch für Europa gibt es stichhaltige Beweise dafür, dass niedrige Löhne zu mehr Beschäftigung führen.

Wäre dies so, hätten all die Branchen, die nicht zum sogenannten Hochlohnsektor gehören, volle Auftragsbücher.

Ostdeutschland mit seinem niedrigeren Lohnniveau wäre eine aufstrebende Industrielandschaft. Wir erleben aber gerade dort das Gegenteil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir erleben zur Zeit einen konzentrierten Angriff von konservativer Politik und Kapital auf unsere Arbeitszeitstandards.

Da beschließt die Mehrheit der Ministerpräsidenten der Länder, dass die Arbeitszeit für Beamte und Landesangestellte auf bis zu 42 Stunden heraufgesetzt werden soll.

Da treten große Unternehmen wie Siemens, Bosch, MAN und andere mit der Forderung nach unbezahlter Mehrarbeit zur angeblichen Sicherung von Arbeitsplätzen an die Öffentlichkeit.

Es könnte so der Eindruck entstehen, es gäbe in Deutschland einen eklatanten Arbeitskräftemangel, es wäre genug Arbeit da, nein es wäre sogar zuviel Arbeit da, um sie mit den vorhandenen Arbeitskräften zu bewältigen.

In welchem Land leben diese arbeitszeitpolitischen Geisterfahrer eigentlich?

Sie sollen doch bitte einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir in Deutschland eine registrierte Arbeitslosigkeit von 4,5 Millionen Menschen haben und dass mehr Beschäftigung nur dann kreierte wird, wenn entsprechendes wirtschaftliches Wachstum vorhanden ist.

Die Zahl der Beschäftigten wird erst ab einem Wachstum von 2% steigen, aber auch nur dann, wenn die bisherigen Arbeitszeitnormen unangetastet bleiben.

Angenommen, die Regelarbeitszeit in der Metallindustrie würde um 1% angehoben, das wären in diesem Fall 21 Minuten, dann müsste das Wachstum schon bei 3% liegen, ehe die ersten Beschäftigungswirkungen eintreten.

Ergo: Eine Arbeitszeitverlängerung ist gerade in der jetzigen Lage, bei einem zu erwartenden Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent, ein beschäftigungspolitischer Unsinn.

Betriebe mit schwacher Auslastung wie Opel, die Telekom oder die EnBW in Baden Württemberg und viele andere können ihre schwache Auftragslage nicht dadurch beseitigen, dass sie jeden Einzelnen einfach länger arbeiten lassen.

Um ihre Beschäftigungszahlen zu halten, machen diese Unternehmen das einzig vernünftige: sie arbeiten in den unterschiedlichsten Formen mit Lohneinbußen für die Beschäftigten kürzer, sei es die 4-Tage-Woche oder die 30-Stunden-Woche.

Die Betriebe im Tarifsystem der Metallindustrie verfügen wie andere auch über eine sehr hohe Flexibilität zur Gestaltung der Arbeitszeit. Diese wurde durch die jüngsten Tarifabschlüsse noch ausgedehnt.

Die Arbeitszeitsysteme in Deutschland sind die flexibelsten in ganz Europa.

Arbeitszeitnormen und Arbeitsrecht verleihen den Betrieben in Deutschland ein europaweit einmaliges Flexibilitätspotenzial.

Ergo: Wo Aufträge fehlen, ist eine Verlängerung der Arbeitszeit die Garantie für mehr Arbeitslose. Wo Aufträge vorliegen, kann sofort und ohne irgendein Arbeitszeithindernis die Produktion aufgenommen, die Dienstleistung erbracht werden.

Ärgerlich ist, dass ausgerechnet große Konzerne wie Siemens oder Bosch oder MAN diese Diskussion um Arbeitszeitverlängerung in den Mittelpunkt ihrer derzeitigen Unternehmenspolitik stellen.

Ich sage dies auch deshalb, weil weder Siemens noch Bosch oder MAN irgendwelche Armutsveranstaltungen sind.

Im Gegenteil, es sind hochprofitable Konzerne, wie Siemens mit einem Gewinn über 2 Milliarden Euro im ersten Halbjahr bewiesen hat.

Dieses globale Wachstum ist aber nicht alleine der Fähigkeit hochbezahlter cleverer Manager verdanken.

Hier wird bewusst verdrängt, dass erst durch den Fleiß und die Tüchtigkeit der Beschäftigten an den deutschen Standorten in den letzten 30 - 40 Jahren soviel Geld in die Kasse gespült wurde, dass man sich weltweit ausdehnen konnte.

Die Beschäftigten an diesen Standorten jetzt so unter Druck zu setzen, sie mit der Angst um den Arbeitsplatz zu erpressen, ist moralisch unanständig und zeigt, dass für solche Kapitalvertreter nicht der Mensch, sondern nur die Rendite im Mittelpunkt steht.

Ein weiterer Skandal ist, dass dieser Verlagerungstourismus mit unseren Steuern finanziert wird.

Ich will dies am Beispiel Siemens deutlich machen. Uns ist bekannt, dass die Standorte der Handyproduktion von Siemens in NRW seit Jahren mit Steuermitteln des Landes gefördert werden, um so Ersatz für die verloren gegangenen Arbeitsplätze der Bergleute zu schaffen.

Bei einer Verlagerung - zum Beispiel nach Ungarn - fließen wieder Steuergelder.

Dies sind etwa 25 - 37 % der gesamten Investitionskosten, weil dem Land Ungarn dafür EU-Fördermittel zur Verfügung stehen. Der ungarische Staat zahlt 30 % davon direkt und stellt Siemens bis 2011 steuerfrei.

Der Gipfel ist, dass Siemens diese Verlagerung auch noch als betriebliche Aufwendung steuerlich abschreiben könnte.

Im Klartext bedeutet dies, dass die Arbeitnehmer, denn Deutschland ist Nettozahler in der EU, mit ihren eigenen Steuermitteln die Verlagerung von Arbeitsplätzen finanzieren.

Auch wenn das juristisch alles korrekt sein mag, ich nenne das Missbrauch von Steuergeldern.

Deshalb fordern wir:

Unternehmerisches Handeln - gerade bei Siemens - muss sich auf Innovation und Produktivitätssteigerung stützen und nicht auf einen Lohnkostensenkungswettbewerb und Arbeitszeitverlängerung ohne Bezahlung.

Wer unfähig ist, diese zentrale unternehmerische Funktion zu erfüllen, darf nicht noch belohnt werden, indem er sich durch das Schröpfen der Beschäftigten beliebig schadlos halten kann.

Dies bedeutet nicht, Kolleginnen und Kollegen, und dies haben wir auch im Bereich Bruchsal mehrfach bewiesen, dass wir Sturköpfe und Blockierer sind.

Wenn es um die Sicherung von Arbeitsplätzen geht, haben wir in Sanierungsfällen kurzfristig angeschlagenen, aber langfristig aussichtsreichen Unternehmen immer auf die Beine geholfen.

Die letzte Tarifrunde hat es gezeigt. Auf Nachfragen der Presse konnte der Arbeitgeberverband Südwestmetall kein einziges Unternehmen benennen, dem im Sanierungsfalle nicht durch die IG Metall, die Betriebsräte und die Belegschaft geholfen wurde.

Wir sagen deshalb in aller Deutlichkeit, wer mit der Keule „entweder du arbeitest umsonst länger oder dein Arbeitsplatz wird

verlagert“ Industriepolitik macht, sägt sich den Ast ab, auf dem er sitzt.

Gerade Unternehmen wie Siemens sind in Ihrer Entwicklung auf gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter angewiesen.

Wer sich aber als Vorstand, wie im letzten Jahr die Bezüge um über 40 Prozent erhöht, von den Beschäftigten aber Verzicht auf Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und unbezahlte Mehrarbeit fordert, disqualifiziert sich selbst und zerstört die Motivation.

Die IG Metall und die Beschäftigten, da bin ich mir sicher, werden sich gegen diesen miesen Führungsstil eines Weltunternehmens gemeinsam wehren.

Wir wissen, dass wir konfliktfähig aber auch verhandlungsbereit sind. Wir wissen um unsere Verantwortung gegenüber unseren Mitgliedern und den Beschäftigten.

Wir wissen aber auch, dass wir uns nicht über den Tisch ziehen lassen werden. Dieser heutige bundesweite Aktionstag gibt uns Rückenwind bei unseren Verhandlungen mit dem Siemens-Vorstand um zu einer vernünftigen sachbezogenen Lösung zu kommen.

Herzlichen Dank für eure Unterstützung.